



Donnerstag, 12. Dezember 1974

Blatt 3074

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:           Bürgermeister empfing Studentendelegation  
(rosa)                Wiener Landtag  
                          Wiener Budgetdebatte  
                          Wiener Gemeinderat

Sport:                Stadthalle: Volkssportzentrum der Wiener  
(grün)

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.  
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



Wiener Landtag

=====

Wiener Krankenanstaltengesetz

Wien, 12.12. (RK) Unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Maria Hlawka nahm der Wiener Landtag Donnerstag seine Beratungen auf. Im ersten Tagesordnungspunkt wurde die zweite Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz behandelt. Stadtrat Prof. Dr. Stacher (SPÖ) referierte als Berichterstatter über die wesentlichsten Bestimmungen der Gesetzesvorlage. Dazu gehören unter anderem die Unterscheidung zwischen Allgemeinen Krankenanstalten, Sonderkrankenanstalten, Heime für Genesende, Pflegeanstalten für chronisch Kranke, Gebär- und Entbindungsanstalten, Sanatorien und selbständige Ambulatorien. Ebenso sieht die Novelle eine Aufgliederung der Krankenanstalten in Standard-, Schwerpunkt- und Zentralkrankenanstalten vor. Weitere wichtige Bestimmungen betreffen die Durchführung des straflosen Schwangerschaftsabbruches und der ambulatorischen Vorsorgeuntersuchung in Krankenanstalten, die kollektive Führung, die Pflegegebühren, die Ausbildung und Weiterbildung der in den Krankenanstaltenverwaltungen und -leitungen tätigen Personen und die freie Vereinbarung der Arzthonorare.

FPÖ: Abänderungsanträge

Abg. Krenn (FPÖ) bezeichnete zunächst die Abschaffung der 3. Gebührenklasse in den Spitälern als "Augenauswischerei". Zum vorliegenden Gesetzentwurf brachte er mehrere Abänderungsanträge ein, und zwar zu den Bestimmungen betreffend den Tätigkeitsbereich der Ambulatorien, den Schwangerschaftsabbruch in Wiener Krankenanstalten, der kollegialen Führung, der Vorsorgeuntersuchung in den Ambulatorien, der Pflegegebühren beziehungsweise Anstaltsgebühren und der freien Honorarvereinbarung mit den Ärzten. Seiner Meinung nach handelt es sich bei der vorliegenden Novelle nur um eine sehr schlechte Neufassung. Seine Fraktion könne nur dann ihre Zustimmung geben, wenn die von ihr eingebrachten Abänderungsanträge entsprechende Berücksichtigung finden sollten.



Gegen Schwangerschaftsabbruch

Abg. Dr. Maria Flemming (ÖVP) beschäftigte sich ausschließlich mit der Bestimmung, die die Durchführung eines straflosen Schwangerschaftsabbruches regelt, wobei sie sich vehement für den Schutz des ungeborenen Lebens aussprach. Abtreibung bedeutet, wie sie meinte, in jedem Fall Tötung des menschlichen Lebens. Obwohl man im Lager der Fristenlösung sehr häufig auch Frauen der Emanzipation findet, sei die Frage der Abtreibung keine Frage der Emanzipation. Und die Fristenlösung bedeutet keineswegs eine Befreiung der Frau. Gewiß gebe es heute noch soziale Verhältnisse, die die Frauen zur Abtreibung treiben, doch dürfe es sich unsere Gesellschaft in dieser Frage nicht so leicht und billig machen. Sie deponierte noch einmal, daß sie für die reine "Wohlstandsabtreibung" kein Verständnis habe und wiederholte ihre Forderung bezüglich der Unantastbarkeit des menschlichen Lebens. Die ÖVP werde diese Fristenlösung niemals hinnehmen und fordere deshalb deren ersatzlose Streichung.

Freies Entscheidungsrecht für die Frau

Abg. Johanna Dohnal (SPÖ) beschäftigte sich ebenfalls sehr eingehend mit dem Problem des Schwangerschaftsabbruches. Dabei warf sie der ÖVP vor, daß diese genauso wie im Parlament einem humanen Strafrecht, auch diesem wichtigen Punkt des vorliegenden Gesetzes ihre Zustimmung verweigert. Und dies, obwohl sie genau wisse, daß der Paragraph 144 kein geeignetes Mittel war, Schwangerschaftsunterbrechungen zu verhindern. Ganz im Gegenteil! Eine Frau, die den Weg zur illegalen Schwangerschaftsunterbrechung begonnen hat, ist diesen Weg auch zu Ende gegangen, oft - zum bitteren Ende! Dies soll nunmehr geändert werden, denn erst die Entkriminalisierung gibt die Chance, eine Frau von der Schwangerschaftsunterbrechung abzuhalten beziehungsweise durch Aufklärung über Familienplanung weitere unerwünschte Schwangerschaften zu verhindern. Dies sei aber nur dann möglich, wenn der Druck der Strafe, die Angst vor der Strafe, von der Frau genommen werde. Auf den Begriff des "ungeborenen Lebens" zu sprechen kommend, meinte sie, daß dieser absurd sei. Ungeborenes Leben in diesem Sinne gebe es nicht, denn das Leben bedingt die Geburt.



Sehr ausführlich befaßte sie sich sodann mit dem hohen Prozentsatz an Schädigungen bei ungewollten, aber geborenen Kindern. Bezüglich der "Aktion Leben": Hier warf sie der ÖVP Greuelpropaganda vor. Gerade aus der Abortusmortalität in Österreich sei zu ersehen, daß nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz dieser Schwangerschaftsabbrüche nicht kunstgerecht durchgeführt wurde. Nur die ganz Armen liefen zum Pfuscher - und damit in die Hände der Richter. Mit ihrer Ablehnung würde die ÖVP die Frauen wieder in die Illegalität treiben, sie in zwei Klassen einteilen, in jene, die es sich wie bisher richten können und jene, die ~~de~~ facto wieder beim alten Paragraph 144 landen würden. Durch ihre Ablehnung müsse die ÖVP nunmehr Farbe bekennen. Sie könne sich nun nicht mehr hinter einer Aktion verstecken. Erst ab 1. Jänner 1975 werde es möglich sein, die Frauen frei von der Angst der Strafe zu beraten. Das "Ja" für das Kind wurde ihnen noch nie so leicht gemacht wie jetzt und zwar auch durch die vielen familienpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung - wie zum Beispiel die erhöhte Geburtenbeihilfe und das erhöhte, echt wirksame Karenzurlaubsentgelt.

Stadtrat Lehner (ÖVP) bezeichnete die Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz als nicht voll ausgereift. Über viele Punkte hätte länger und eingehender diskutiert werden müssen, dies umso mehr, als Wien bekanntlich der größte Spitalerhalter Österreichs ist.

So sei die Regelung der medizinischen Vorsorgeuntersuchung unbefriedigend, die Spitäler werden nicht in der Lage sein, diese durchzuführen. Schwierigkeiten werde es auch hinsichtlich der Bettenstationen in den Ambulatorien geben.

Anschließend brachte der Debattenredner namens seiner Fraktion Abänderungsanträge ein, betreffend die Schwerpunktspitäler, die Letztverantwortlichkeit der ärztlichen Leiter, die Ausbildung der verantwortlichen Leiter für wirtschaftliche, administrative und technische Angelegenheiten und die freie Vereinbarung der Ärztehonorare.

Der nächste Debattenredner, Landtagsabgeordneter Dr. Zeman (SPÖ), bezeichnete die Novellierung des Wiener Krankenanstaltengesetzes als eine notwendig gewordene Maßnahme, die dem höchsten Ziel, der Gesundheit, diene.



Ganz neu sei die Einführung von Tag- und Nachtspitälern, die damit ihre gesetzliche Grundlage erhalten. Die Betten in den Ambulatorien sind für kurzfristige Behandlungen gedacht, wie sie der Tag bringt, jede zahlenmäßige Beschränkung der Bettenanzahl wäre willkürlich - manches Ambulatorium wird vielleicht überhaupt keine Betten brauchen. Ein bereits bestehendes Beispiel für kurzfristige Belagbetten sei die Zentrale der Wiener Rettung, wo Behandlungen leichter Fälle durchgeführt werden können.

Auch Dr. Zemann beschäftigte sich mit dem Schwangerschaftsabbruch. Das Grundsatzgesetz des Bundes habe es notwendig gemacht, auch in der Novelle des Landesgesetzes einen Passus einzubauen, der den Ärzten und Krankenschwestern den straflosen Schwangerschaftsabbruch ohne berufliche Repressalien und Nachteile ermöglicht. Durch die Fristenlösung werde viel Unrecht vergangener Jahrzehnte und Jahrhunderte den Frauen gegenüber gutgemacht. Zu den Vorsorgeuntersuchungen: Nach anfänglichem Widerstand habe nun auch die Ärztekammer eingesehen, daß bei ausschließlicher Untersuchung durch praktische Ärzte die Basis nicht breit genug sei. Mit Recht würde kein Bürger dieses Landes einsehen, warum er in den Wartezimmern praktischer Ärzte stundenlang sitzen muß, während gut ausgerüstete Ambulanzen in den Spitälern leerstehen.

#### Klarstellung der ÖVP

Labg. Dr. Maria Flemming (ÖVP) nütze eine neuerliche Wortmeldung zu einer Klarstellung ihrer Fraktion: Das Volksbegehren zur Abschaffung der Fristenlösung werde nicht von der ÖVP initiiert. Bester Beweis sei eine der bekanntesten Exponentinnen der "Aktion Leben", Renate Erich. Sie habe in einer Fernsehsendung öffentlich bekannt, seinerzeit den SPÖ-Kandidaten für den Bundespräsidenten, Dr. Kirchschläger, gewählt zu haben. Der SPÖ warf Dr. Fleming vor, keinen Wählerauftrag zur Durchsetzung der Fristenlösung zu haßen.



### Zeit der Bevormundung vorüber

Labg. Franziska Fast (SPÖ) replizierte, daß die SPÖ sehr wohl einen Wählerauftrag habe. Die ÖVP sei schlecht beraten, wenn sie sich ausschließlich daran orientiere, was Frauen unter dem Zwang der Kontrolle durch Nachbarn oder Bekannte unterschrieben. In einer Wahlurne würden viele Frauen anders entscheiden als unter den Augen von Agitatoren der "Aktion Leben". Fast stellte fest, daß seit Jahrtausenden die Männergesellschaft über das Schicksal von Frauen und ihrer Leibesfrucht entschieden habe. Die Zeit der Bevormundung der Frau müsse endlich zu Ende gehen. Gerade in der ÖVP seien jedoch starke Widerstände bemerkbar, unter denen auch die frühere Sozialministerin Grete Rehor - eine Politikerin, die sie sehr schätze - zu leiden gehabt habe.

### Medizinische Zielsetzungen

Im Schlußwort erklärte Stadtrat Stacher, die Frage der Ambulatorien beinhalte keine gesellschaftspolitischen, sondern lediglich medizinische Zielsetzungen. Was eine der hauptsächlich kritisierten Bestimmungen angehe, so sei damit lediglich grundsätzlich festgehalten, daß jeder Arzt frei nach seinem Gewissen entscheiden könne. Es sei nicht einzusehen, warum ihn ein Spital daran hindern sollte. Die Ausweitung der Ambulatorien, fuhr Stacher fort, werde seiner Meinung nach keineswegs zu einer Belastung der Wiener Steuerzahler führen. Derzeit würden etwa 90 Prozent der Gesamtausgaben für die Gesundheit in den Spitälern benötigt, obwohl dort nur rund 50 Prozent der Behandlungen durchgeführt würden. Eine Vermehrung der Zahl der Behandlungen außerhalb der Spitäler müßte eigentlich zu einer finanziellen Entlastung führen.

Was schließlich die Vorsorgeuntersuchungen angehe, so sehe er überhaupt nicht ein, warum die Bestimmungen aus dem Gesetz eliminiert werden sollen. Da jeder Mensch das Recht auf Gesundheit habe, heiße das auch das Recht auf Vorsorgemedizin. Einerseits werde über einen Mangel an praktischen Ärzten geklagt, der natürlich der Vorsorgemedizin nicht zuträglich sei, andererseits sollte die Vorsorgemedizin den Spitälern verwehrt sein?

Zu den insgesamt 17 Abänderungs- und Zusatzanträgen von ÖVP und FPÖ gab Stadtrat Stacher die Empfehlung, 16 davon abzulehnen und lediglich einen der FPÖ, durch den eine geringfügige Änderung bezüglich der Sonderklasse bewirkt wird, anzunehmen.



Abstimmung: Dieser eine Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen, die anderen 16 mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Die Novelle selbst wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

#### Höhere Ortstaxen

StR. Mayr (SPÖ) referierte über die Änderung des Fremdenverkehrsförderungsgesetzes, mit der die Ortstaxen neu festgelegt werden. Die Änderung, die ab 1. April gelten wird, sieht vor: Keine Ortstaxe für Beherbergungsentgelte bis zu 20 S, von 20 bis 50 S sind 2 S Ortstaxe, von 50 bis 100 S eine Taxe von 3 S und von 100 bis 150 S Entgelt eine Ortstaxe von 4 S vorgesehen. Die Ortstaxe erhöht sich dann jeweils um 2 S pro 150-S-Stufe des Beherbergungsentgelts. Über 1.000 S beträgt die Ortstaxe einheitlich 18 S.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Mit einem Dank für die gute Zusammenarbeit schloß Zweiter Landtagspräsident Otto Schweda die letzte Landtagssitzung dieses Jahres.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -



Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

### Spezialdebatte - Wohnen und Liegenschaftswesen

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Gratz nahm nach dem Landtag der Gemeinderat die Budgetberatungen über das VII. Hauptstück, Wohnen und Liegenschaftswesen, wieder auf.

GR. Krenn (FPÖ) kritisierte, daß der Ekazent und der Konsumgenossenschaft Baurechtszinse von 7,63 S für unverbautes und von 15,46 S für verbautes Gebiet pro Quadratmeter gewährt werden, während andere Firmen bis zu 120 S Miete pro Monat als Untermieter bezahlen müßten. Dadurch werde die Chancengleichheit verletzt.

Zum Kapitel Wohnung erklärte der Redner, daß der städtische Wohnungsbau immer geringer werde. Wurden heuer noch 2.500 Wohnungen fertiggestellt, würden es wahrscheinlich im kommenden Jahr noch weniger sein. Bereits 22.000 Wohnungswerber stünden auf der Warteliste des Wohnungsamtes. Mit der an sich erfreulichen Neufestsetzung der Einkommensgrenze für den Anspruch auf eine Gemeindewohnung würden es noch mehr werden.

An der Liegenschaftspolitik kritisierte der Redner, daß Liegenschaften oft zu sehr unterschiedlichen Bedingungen angekauft werden. Im übrigen habe die Stadt Wien seiner Meinung nach genügend Grundreserven. Er brachte den Abänderungsantrag ein, die Ausgabenpost für Grundankäufe von 530,500.000 S auf 400 Millionen herabzusetzen, und die freiwerdenden 130 Millionen für den Bau des Krankenhauses Ost und des Pflegeheimes Süd zu verwenden. Sollte der Antrag abgelehnt werden, würde die FPÖ dem Voranschlagskapitel nicht zustimmen.

### Leistungen im Wohnbau

GR. Elisabeth Schindler (SPÖ) betonte, daß in Wien vor allem der Wohnkomfort eine besondere Berücksichtigung finde. Allerdings, so stellte die Rednerin fest, sei es nicht Aufgabe der Gemeinde, Luxuswohnungen aus Mitteln der Allgemeinheit zu bauen.

In der Per Albin Hansson-Siedlung-Ost seien erstmals Körperbehindertenwohnungen in größerem Ausmaß gebaut worden, was großen Anklang gefunden habe. Derzeit werden solche Wohnungen in der Brigittenau und in Donaustadt gebaut. Die Stadt Wien ist



darüber hinaus weiter bemüht, weitere Möglichkeiten zu suchen, um diesen Menschen zu helfen.

Aber nicht nur für Körperbehinderte werde auf diesem Gebiet etwas getan. Auch für alte, gebrechliche Menschen, die nicht mehr imstande sind, die oberen Stockwerke zu erreichen, wurden nachträglich in Altbauwohnungen Aufzüge eingebaut. Für das Jahr 1975 sind weitere 174 Aufzüge in Altbauwohnungen vorgesehen. Derzeit stehen in Wien 2.592 Aufzüge zur Verfügung.

In der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1974 wurden nicht weniger als 2.079 Anträge auf Wohnungsverbesserungszuschüsse gestellt. Es handle sich hier um Mieter von Altbauten, die Wohnungszusammenlegungen, Bäder- und WC-Einbauten vorgenommen haben. Allein 32.076 Wohnungen wurden so mit Bädern, bzw. mit Duschen ausgestattet. Insgesamt, so stellte Schindler fest, seien derzeit 50 Prozent der Wiener Wohnungen mit Bädern ausgestattet.

Von den Umbauten der veralteten Waschküchen waren anfangs die Mieter nicht sehr begeistert, da die Umbauzeiten gewisse Einschränkungen bedeuten. Nach dem Einbau der neuen Waschanlagen jedoch gaben die Mieter ihrer Zufriedenheit Ausdruck, da sie nun ein ganz neues "Waschgefühl" hätten.

Da die steigenden Bau- und Grundpreise von den Mietern der Neubauwohnungen nur schwer zu verkraften sind, habe die Stadt Wien die sozialste und fortschrittlichste Subjektförderung eingeführt. Je nach Einkommen und Wohnungsgröße wird den Mietern eine Kreditrückzahlung gewährt. In der Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober gab es nicht weniger als 7.050 Vorsprachen, und einem Großteil der Antragsteller konnte bereits eine Kreditrückvergütung, die oftmals bis zu Zweidrittel der Miete ausmacht, gewährt werden. In ganz besonderer Weise nimmt man sich junger Ehepaare an, betonte GR. Schindler, denn Ehepaaren unter 30 Jahren wird als Grundlage der Kreditrückzahlung eine Person zum Haushalt dazugezählt.



### Eigentumsübertragung

GR. Habl (ÖVP) brachte einen Antrag ein, nach dem die Übertragung von derzeit in Gemeindebesitz befindlichen Baugründen in das Eigentum jenes Personenkreises, dem das Baurecht gewährt worden sei, ermöglicht würde. Die aus dieser Übertragung der Gemeinde zufließenden Geldmittel sollten für Zwecke der Wohnbauförderung und der Wohnungsverbesserung gebunden werden.

Weiter stellte GR. Habl den Antrag, daß die zuständigen Magistratsabteilungen Entwürfe zu erarbeiten hätten, nach denen eine solche Eigentumsübertragung auch an die Mieter von Gemeindewohnungen ermöglicht würde, wenn für die Wohnungen ein Baukostenzuschuß geleistet würde.

Drittens beantragte GR. Habl, die zuständigen Magistratsabteilungen sollten Entwürfe ausarbeiten, nach denen eine solche Eigentumsübertragung an private Interessenten auch ~~bei noch nicht verbaute~~ gemeindeeigenen Grundstücken beziehungsweise gemeindeeigenen Grundanteilen an Siedlungshäusern erfolgen könnte. Die Einnahmen, die durch solche Eigentumsübertragungen gemäß dem zweiten und dritten Antrag zustandekommen, sollten ebenfalls für Zwecke der Wohnbauförderung beziehungsweise Wohnungsverbesserung gebunden werden.

### Offensive Grundankaufspolitik

GR. Outolny (SPÖ) wies auf den Widerspruch zwischen der ÖVP-Forderung nach vermehrtem Wohnungsbau und der ebenfalls geforderten Beschränkung der Geldmittel für den Grundstückankauf hin. Weiter führte der Redner aus, daß die Bemühungen um Assanierung schon bestehender Wohngebiete oft am Profitstreben oder bloßen Starrsinn eines einzelnen Liegenschaftsbesitzers scheiterten beziehungsweise durch diese verschleppt würden, was erhebliche Mehrkosten verursache. Er trete daher für eine offensive Grundankaufspolitik der öffentlichen Hand gerade in den Assanierungsgebieten ein. Der Redner forderte weiter als Instrument zur Steuerung des Bodenmarktes und der Bodenpreisentwicklung durch die öffentliche Hand die Schaffung einer Bodenwertabgabe für nicht bebaute oder nicht widmungsgemäß verbaute Flächen.



Abschließend erklärte der Redner, das etappenweise Vorgehen bei der Assanierung sei notwendig, weil mit dem neuen Gesetzesinstrumentarium ja erst Erfahrungen gesammelt werden müßten, bevor man sich an große Vorhaben wage.

#### Wohnungsbau geht z rück

StR. Neusser (ÖVP) kritisierte, daß das vorliegende Budget zu wenig transparent sei. Als Beispiel dafür nannte er die Budgetposten für die Aufzugseinbauten. Im Mittelpunkt seiner weiteren Ausführungen stand der städtische Wohnungsbau in Wien, der wie er ausführte, seit dem Jahr 1967 ständig zurückgegangen ist. Hatte es im Jahre 1967 noch 15.518 fertiggestellte Wohnungen gegeben, so ging ihre Zahl im Jahre 1973 auf 6.930 zurück. Dies komme auch am fallenden Budgetanteil deutlich zum Ausdruck: 1971 betrug der Budgetanteil noch sieben Prozent, für 1975 ist er auf 4,75 Prozent zurückgefallen. StR. Neusser erinnerte in diesem Zusammenhang an das Versprechen, jährlich 5.000 Wohnungen zu errichten. Bei der Wohnbauförderung sei die Transparenz noch geringer. Im kommenden Jahr werden es nämlich nur 3.200 geförderte Wohnungen sein. StR. Neusser reklamierte in diesem Zusammenhang das Versprechen, jährlich 10.000 Wohnungen zu fördern beziehungsweise zu bauen. Er wies auf die beunruhigend steigenden Arbeitslosenzahlen in Deutschland hin und meinte, daß in Österreich die Bauwirtschaft eine Schlüsselindustrie sei, die gerade bei Rückgängen von der Öffentlichkeit gefördert werden müßte. Weiter übte er Kritik am Umstand, daß sich der Großteil der Wohnungen in einem schlechten baulichen Zustand befindet und größtenteils nicht mehr dem heutigen Standard entspricht. Zur Stadterneuerung: Hier dürfe man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, sondern müsse mit Bedacht vorgehen. Neusser kritisierte sodann die Vergabemodalität von Baurechtsgründen und nannte dafür als Beispiel die Aufschließung der Baurechtsgründe im 22. Bezirk, der sogenannten Haschagründe, für den Konsumverein. Es habe sich dabei um ein 74 Millionen-"Geschenk" gehandelt. Abschließend unterstrich er die Notwendigkeit, beim Wohnungsbau einerseits auf die Qualität Bedacht zu nehmen, andererseits bei der Errichtung auch auf das Stadtbild Rücksicht zu nehmen.



Replik

Stadtrat Hans Mayr (SPÖ) meldete sich gleich anschließend, um sofort auf einen Teil der Ausführungen von Stadtrat Neusser zu replizieren. Der Finanzstadtrat erklärte, Neusser habe sich bei seiner Darstellung über die Finanzierung in Sachen Wohnbauförderung respektive Wohnbauverbesserung sicherlich unbewusst geirrt, weil die Materie überaus kompliziert sei. Aber er, Mayr, habe eben die Kameralistik nicht erfunden ("das Budgetchinesisch", rief GR. Hoffmann, ÖVP). Jedenfalls müsse man bei den Mitteln für die Wohnungsverbesserung bedenken, daß es sich hier bei den Ausgaben um Annuitätenzuschüsse handle, die nun schon seit 1969 gegeben würden. Anders wiederum sei die Situation bei der Wohnbauförderung, bei der berücksichtigt werden müsse, daß etliche Vorhaben ja aus dem Vorjahr stammten. Seiner Meinung nach, schloß Mayr, sei Neusser im Zahlengestrüpp hängen geblieben.

Gleiche Chance

GR. Lustig (SPÖ) erklärte, jedermann müsse die gleiche Chance auf eine angemessene Wohnung haben. Die Stadt habe 1974 durch eine Änderung beim "zumutbaren Wohnungsaufwand" die Situation verbessert. Insgesamt seien in Wien seit 1945 rund 250.000 Wohnungen neu gebaut worden, davon etwa 125.000 von der Stadtverwaltung. Fast ein Drittel des gesamten Wiener Wohnungsbestandes sei also in diesem Zeitraum gebaut worden. Es sei richtig, daß in den letzten Jahren durch die Entwicklung auf dem Bausektor ein Rückgang bei der Fertigstellung von Wohnungen zu verzeichnen sei. Die Zahlen von Präsident Hahn - etwa 3.000 Gemeindewohnungen im Jahr - stimmten jedoch nicht. In den letzten sechs Jahren seien insgesamt 24.293 Gemeindewohnungen fertiggestellt worden, im Jahresdurchschnitt also 4.050. Die durchschnittliche Wohnungsgröße mache nun 75 Quadratmeter aus und wenn man die Durchschnittsgröße bis zum Jahr 1969 von rund 60 Quadratmeter der gesamten Bauleistung zugrunde legte, wären im Jahresdurchschnitt 5.061 Wohnungen früheren Ausmaßes errichtet worden. Da die Zahl der Wohnungen insgesamt ständig steige, verstehe er nicht, fuhr Lustig fort, wie die ÖVP bei dem ebenfalls immer größer werdenden Erhaltungsaufwand Kürzungen vornehmen wolle: Etwa durch Einsparungen bei der Müllbeseitigung, der Rattenbekämpfung oder gar beim Hausbesorger? Wenn man dies den Hausbesorgern sagte, wären sie wohl im nächsten



### Baupreissteigerungen

Vizebürgermeister Pfoch (SPÖ) stellte fest, daß der Hochbau in Wien nicht, wie behauptet wurde, drastisch eingeschränkt worden sei. Die Steigerung im zweiten Quartal 1974 habe vielmehr 11,7 Prozent betragen.

In diesem Jahr habe die Stadtverwaltung im innerstädtischen Bereich 50.000 Quadratmeter Grund für Wohnbauten erworben. (Insgesamt 193.000 Quadratmeter.) Das ist viel, wenn man bedenkt, daß im innerstädtischen Bereich schwerer Gründe zu erhalten sind als am Stadtrand.

Vor vier Jahren kostete die Errichtung einer Gemeindefohnung 300.000 Schilling - jetzt belaufen sich die Kosten auf 500.000 Schilling. Die Steigerung des Baupreises um 130 Prozent zeigt die Schwierigkeiten auf dem Bausektor.

Zur Frage der Baurechtsvergabe: Die Baurechte werden jetzt und auch in Zukunft im Hinblick auf das öffentliche Interesse vergeben. Dabei werden jene Baugenossenschaften bevorzugt, die sich durch niedrige Baupreise und qualifizierte Bauten profiliert haben.

Die Stadtverwaltung unternehme alles, um Spekulationen beim Grundkauf zu verhindern. Bisher wurden fünf Gesellschaften gesperrt und erhalten keine Mittel aus der Wohnbauförderung, weil ihnen Spekulationen nachgewiesen werden konnten.

Es sei richtig, daß die Mietrechtsreform im Parlament durch den Dreiparteien-Antrag im Gemeinderat ins Rollen gebracht wurde. Leider habe aber die ÖVP bei dieser Reform die Freizügigkeit des Wohnungstausches verhindert. Auch beim Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz habe die ÖVP bei wesentlichen Positionen nicht zugestimmt.

### Wohnungsspekulation unterbunden

GR. Dr. Ebert (ÖVP) versuchte an Hand einer Statistik der Zentralsparkasse nachzuweisen, daß es um die Bauwirtschaft in Wien nicht so gut bestellt sei, wie die SPÖ gern vorgebe. Der Anteil der Bauwirtschaft am Bruttoregionalprodukt sei im Vergleich zu der gesamtösterreichischen Bilanz zu gering. Dr. Ebert appellierte an Vize-



bürgermeister Pfoch, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, um Wohnungsspekulation im sozialen Wohnungsbau zu unterbinden und immer wiederkehrende Mißstände abzustellen. Er beklagte, daß in dieser Richtung keine Initiativen unternommen worden seien und erklärte die Bereitschaft seiner Fraktion zur Zusammenarbeit.

### Schlußwort

In seinem kurzen Schlußwort meinte Finanzstadtrat Mayr, daß die große Linie des Budgets durch die Debatte bestätigt worden sei. Kritik habe es nur in Detailbereichen gegeben. Die Zielsetzungen - Sicherung der Vollbeschäftigung, Stabilisierung des Geldwertes und weiteres Wachstum der Wirtschaft - seien nicht ernsthaft angezweifelt worden. Der Budgetvoranschlag für das Jahr 1975 sei ein geeignetes Instrument, um in die Wirtschaft planend einzugreifen. Das Budget versetze die Verantwortlichen dieser Stadt in die Lage, "die Wirtschaft als Hebel unseres Wollens zu benützen und nicht als Spielball der Auseinandersetzungen".

### Abstimmung

Das Budget und die Stabilisierungsquote wurden mit den Stimmen der SPÖ, die Durchführungsbestimmungen zum Budget von den beiden großen Parteien im Rathaus beschlossen. Die Abänderungsanträge der ÖVP und FPÖ wurden abgelehnt, die Beschluß- und Resolutionsanträge den zuständigen <sup>Gremien</sup> zugewiesen. Die Budgetdebatte war damit um 15.45 Uhr abgeschlossen. (Es folgt nun die Behandlung der restlichen Tagesordnung. Morgen Freitag wird der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke behandelt).

### Friedhofserweiterung

GR. Holubarz (SPÖ) referierte über eine Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes zur Erweiterung des Inzersdorfer Friedhofs. GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) nahm dies zum Anlaß, um die Überprüfung der Sperre von 16 anderen Wiener Friedhöfen anzuregen.

Abstimmung: einstimmig angenommen.



Baurechtsvertrag

GR. Bednar (SPÖ) referierte über einen Baurechtsvertrag zwischen der Stadt Wien und der Konsumgenossenschaft betreffend ein knapp 50.000 Quadratmeter umfassendes Gebiet in Groß-Jedlersdorf. GR. Krenn (FPÖ) kritisierte abermals die Höhe des Baurechtszinses und meldete grundsätzliche Bedenken gegen die ständige Errichtung von Großmärkten an. GR. Ebert (ÖVP) erklärte, daß die Gemeinde Wien durch den derart niedrig festgesetzten Baurechtszins auf 17,5 Millionen Schilling verzichte. Im Schlußwort stellte GR. Bednar fest, daß auch der Konsum die Aufschließungskosten bezahlen müsse. Mit derartigen Verträgen werde die Versorgung in Neubaugebieten der Stadt gesichert.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Bauring-Debatte

StR. Hans Mayr (SPÖ) legte einen weiteren Bericht des Kontrollamtes über den Bauring vor, der sich mit der Bürgschaft für die Schweizer Firma Beficor befaßt. Der Bauring bürgte für 10 Millionen Schweizer Franken, die für die Errichtung von Hotels und Zweitwohnungen in Spanien verwendet werden sollten. Die Firma Beficor ist eine sogenannte "Briefkastenfirma" ohne Geschäftsapparat, die auch noch nie eine Bilanz gelegt hat. Sie hat den Kredit in Anspruch genommen, aber nichts gebaut und sie kann auch keine Sicherheiten bieten. Nicht einwandfrei sind auch ein 50-Millionen-Kredit für Wohnbau und weitere Bürgschaften für Bauten in Spanien und Griechenland. Die ehemaligen Geschäftsführer des Baurings sind nicht mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns vorgegangen. Sie haben ihre Verpflichtung, vorher die Genehmigung des Aufsichtsrates einzuholen und keine neuen Auslandsgeschäfte mehr zu machen, nicht eingehalten. Sie haften deshalb für den eingetretenen Schaden. Der Bürgermeister hat den Kontrollamtsbericht bereits der Staatsanwaltschaft übermittelt.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) verwies darauf, daß auch das Kontrollamt keine völlige Klärung herbeiführen konnte. Im Bauring wußte man gar nicht, wie hoch die Bürgschaft für die Beficor war, man mußte das erst mit Hilfe eines Wirtschaftsprüfers bei der kreditgebenden Bank feststellen. Man kann nur



sagen, daß hier entweder ein korrupter Vorgang vorliegt oder die beiden Geschäftsführer nicht ganz bei Trost waren. Unklar ist auch die Rolle von Architekt Ursprunger, der dieses Geschäft vermittelt hat. Er vermittelte außerdem einen Kredit von 50 Millionen S zu 11 Prozent Vorzugszinsen für einen Wohnbau des Baurings in Neuwaldegg. Das betreffende Grundstück liegt im Wald- und Wiesengürtel, es kann deshalb nicht gebaut werden. Das Geld liegt auf Sperrkonto, der Zinsenverlust des Baurings beträgt jährlich 2,6 Millionen S. Der Bauring hat noch eine weitere Bürgschaftsverpflichtung von etwa 150 Millionen Schilling an die Baugenossenschaften "Helios" und "Wohnkomfort", die nur teilweise durch Hypotheken abgedeckt ist. Dr. Hirnschall brachte den Antrag ein, der Bürgermeister solle ersucht werden, eine Untersuchung dieses Geschäftes durch das Kontrollamt zu veranlassen.

Auch GR. Dr. Macher (ÖVP) vertrat die Auffassung, daß die beiden früheren Geschäftsführer des Baurings entweder kriminell oder nicht bei Trost gewesen seien. Das Abkommen mit der Beficor ergibt wirtschaftlich keinen Sinn. Was das Vorhaben in Neuwaldegg betrifft, so lag entweder grobe Fahrlässigkeit vor, sich nicht vorher über die Verbauungsmöglichkeit informiert zu haben - oder die Spekulation, daß eine gemeindeeigene Firma die Baugenehmigung auch im Wald- und Wiesengürtel erhalten werde. ÖVP-Stadtrat Dr. Goller hat schon im Juli 1973 auf die Fragwürdigkeit des Geschäftes in Saudi-Arabien hingewiesen und Sofortmaßnahmen verlangt. Hätte man damals die Geschäftsführer abberufen, wäre das Geschäft mit der Beficor nicht zustande gekommen, ein Verlust von 62 Millionen Schilling wäre vermieden worden. Dr. Macher meinte, es sei ein auffallender Unterschied im Verhalten der Mehrheit vor und nach dem 21. Oktober 1973 festzustellen - vor und nach dem Wahltag. Man wollte offenbar vor der Wahl nicht zugeben, daß die Opposition Recht hatte. Deshalb wurden die Geschäftsführer erst im Dezember 1973 entfernt - und mit 30.000 Schilling monatlich in Pension geschickt.

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) erklärte, daß man zur Abberufung eines Geschäftsführers entsprechend fundierte Unterlagen braucht. Als sie vorlagen, erfolgte die Abberufung. Bis heute erhielten die beiden entlassenen Geschäftsführer keine Pension, sondern lediglich eine Abfertigung, über die sicher noch bei Gericht gesprochen wird.



Zum Vorhaben in Neuwaldegg: Ein Teil des Grundstückes liegt im Wald- und Wiesengürtel, der andere Teil aber ist als Bauland gewidmet. Die Baugenehmigung liegt bereits vor. Sonderbar ist es, daß ein Fernseh-Redakteur genaue Zitate aus einer Aufsichtsrats-Sitzung des Bauring hatte. Dadurch erfuhr die Beficor vorzeitig von der Absicht, sich aus der Geschäftsbeziehung zurückzuziehen, die Position der neuen Bauring-Geschäftsführung wurde dadurch geschwächt. Das paßt zu einer Äußerung des ÖVP-LandesparteiSekretärs Fürst gegenüber einem Nachrichtenmagazin, wonach die rund 50 Aufsichtsräte der ÖVP in gemeindeeigenen Unternehmen die Augen offen halten müßten, um der Falkestraße politische Munition zu liefern. Die ÖVP versucht, um jeden Preis aus wirtschaftlichen Fragen politisches Kapital zu schlagen.

GR. Dr. Habl (ÖVP) warf der früheren Geschäftsführung des Bauring vor, den Aufsichtsrat nicht oder falsch informiert zu haben. Der Aufsichtsrat kann nur darüber befinden, was ihm die Geschäftsführung vorlegt. Dem Bürgermeister warf er vor, mehr Informationen gehabt, aber nicht eingegriffen zu haben. Dr. Habl erklärte, daß die ÖVP-Aufsichtsräte dem Fernsehen keine Informationen über den Verlauf von Aufsichtsratssitzungen gegeben haben.

Im Schlußwort zitierte Stadtrat Hans Mayr aus der von Dr. Macher angeführten Rede von Stadtrat Goller, um, wie er sagte, "eine Legendenbildung zu zerstören". Goller hat sich gegen den Flugplatzbau in Saudi-Arabien gewendet, weil er militärisch verwendet werden könnte und von gewissen Risiken gesprochen - aber nicht mehr. Mayr verwies darauf, daß er sehr rasch nach seinem Amtsantritt gehandelt habe. Lange Zeit bestand nur ein Verdacht gegen die Geschäftsführung. Alle Beteiligten haben sich sehr bemüht, Klarheit zu schaffen. Aber die Geschäftsführer haben unrichtige Auskünfte erteilt und die Buchhaltung war ein Sauhaufen. Deshalb war eben einige Zeit erforderlich, bis endlich Klarheit bestand. Für Sozialisten ist es keine Frage, wer an der Spitze eines Unternehmens steht. Er hat jedenfalls die volle Verantwortung zu tragen. Es gibt gewisse Toleranzgrenzen, denn jeder macht Fehler und kann sich irren.



Aber es gibt nicht die geringste Nachsicht, wenn jemand seine Vollmacht mißbraucht. Dann muß man mit allen Mitteln Klarheit schaffen und die Konsequenzen ziehen. Die Kontrollamtsberichte über den Bauring sind der Beweis für diese Haltung.

GR. Dr. Wöber (ÖVP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung und stellte fest, daß GR. Habl schon im März 1973 im Aufsichtsrat Unterlagen verlangte, die SP-Mehrheit aber den Geschäftsführern die Mauer gemacht habe. In Zwischenrufen von der SPÖ wurde festgestellt, daß dies keine tatsächliche Berichtigung, sondern ein Debattenbeitrag sei. GR. Suttner (SPÖ): "Das ist ein Mißbrauch der Geschäftsordnung".

Abstimmung: Der Kontrollamtsbericht wurde einstimmig angenommen, der FPÖ-Antrag ebenso einstimmig dem Bürgermeister zugewiesen.

#### Subventionen

Berichterstatter StR. Hans Mayr (SPÖ) beantragte die Annahme der elften Subventionsliste 1974 mit einer Gesamtsumme von 1.430.000 S. GR. Krenn (FPÖ) begrüßte namens seiner Fraktion besonders die Subvention von 100.000 S an den Verband der Handel- und Gewerbetreibenden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Als Berichterstatter beantragte StR. Mayr (SPÖ) dann die Kenntnisnahme der im dritten periodischen Bericht aus 1974 enthaltenen Überschreitungen in der Höhe von 2.659.861.000 S. GR. Wöber (ÖVP) verlangte die Änderung der Textierung dahingehend, daß die Vorlage des Berichtes über diese Überschreitungen zur Kenntnis genommen werde. Der Antrag wurde in dieser geänderten Form einstimmig angenommen.

Die Sitzung wird morgen mit den Beratungen über den Wirtschaftsplan der Stadtwerke für das Jahr 1975 sowie über die Tarifänderungen fortgesetzt und abgeschlossen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -



k o m m u n a l :

=====

## buengermeister empfang studentendelegation

4 wien, 12.12. (rk) buengermeister leopold g r a t z ,  
vizebuengermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r  
und gemeinderat rudolf e d l i n g e r empfangen donnerstag  
vormittag im rathaus die sprecher einer studentendemonstration.

die studenten erklarten, dass sie vor allem auf die  
schwierige wohnsituation in den 66 wiener studentenheimen auf-  
merksam machen wollten, die durch steigende kosten- und repressive  
heimordnungen verursacht seien. sie verlangten guenstigere  
strom- und gastarife, eine ruecknahme der fernheizpreis-  
erhoehung und die vollstaendige umlegung der gewinne aus der  
sommervermietung auf die studentenheime.

buengermeister g r a t z erwiderte, dass es nicht  
moeglich sei, eine einzelne gruppe bei tarifen zu beguenstigen.  
er erklarte sich jedoch bereit, die in den studentenheimen  
verrechneten tarifarten zu ueberpruefen und, wenn hier tatsaech-  
lich eine haerte vorliege, fuer eine aenderung zu sorgen. die  
studenten nahmen diese erklaerung befriedigt zur kenntnis.

vizebuengermeisterin f r o e h l i c h - s a n d n e r  
erinnerte daran, dass erst vor wenigen tagen eine vollversammlung  
im internationalen studentenheim der stadt wien stattgefunden  
hat, der lange diskussionen vorangegangen waren. die studenten  
haben dort die neue hausordnung begruesst und als die modernste  
oesterreichs anerkannt. die preise in diesem heim liegen  
unter dem durchschnitt der anderen, nicht von der stadt wien  
gefuehrten studentenheimen. das verlangen, den vollen gewinn aus  
der sommervermietung auf die studentenheime umzulegen, bezeichnete  
die vizebuengermeisterin als ueberraschend. das ginge zu lasten  
der jugendgaestehaeuser - und das stuende doch im widerspruch zum  
wunsch der studenten nach solidarisierung mit der uebrigen jugend.



## richtigstellung

-----

wien, 12.12. (rk) die in der 'rathaus-korrespondenz' vom 11. dezember (blatt 3046) im referat von gemeinderat gertrude h a e r t e l (oevp) genannten angaben ueber wiener minimal-einkommen sind nicht, wie irrtuemlich berichtet wurde, einer studie der arbeiterkammer, sondern einer tageszeitung entnommen.

+++

## c richtigstellung zu landtag (1)

-----

wien, 12.12. (rk) im debattenbeitrag von labg. maria f l e m m i n g (oevp) soll der satz in der 13. zeile folgendermassen lauten: 'sie deponierte noch einmal, dass die oevp fuer die straflosigkeit des schwangerschaftsabbruches in j e d e r not-situation der frau eintrete, dass sie aber fuer die reine 'wohlstandsabtreibung' kein verstaendnis habe ...'.

+++



s p o r t :

=====

## stadthalle: volkssportzentrum der wiener

1 wien, 12.12. (rk) fast dreissig prozent der sporttreibenden wiener suchen regelmaessig die wiener stadthalle auf, um ihren wohlstandsbauch zu verkleinern. die besucherfrequenz des heurigen jahres uebertraf die groessten erwartungen. waehrend man im vorjahr ''nur'' rund 140.000 besucher zaehlte, wird heuer bis zum jahresende der 200.000ste gast erwartet.

vor allem dominiert in der wiener stadthalle das supersportbad, sowohl fuer die sportler als auch fuer ''wasserratten''. ungestoert von den badegaesten, die sich im grossen schwimmbecken bei einer wassertemperatur von 26 grad celsius tummeln, sind spitzenkoenner im trainingsbecken unter sich und finden ideale uebungsmoeglichkeiten vor. diese tatsache wuerdigen auch die funktionaere des oesterreichischen schwimmverbandes. weitere gustostueckeln: getrennter saunabetrieb fuer sportler und erholungssuchende, eine barfusswiese, eine sonnenterrasse und ein restaurant.

voll ausgelastet ist auch die eishalle, wo taeglich mehr als tausend schlittschuhlaeufer ueber die eisflaeche schleifen. besonderer beliebtheit erfreut sich die eishalle bei den schulen, fuer die kostenloser eislaufunterricht im rahmen des koerpensports abgehalten wird. weiter gibt es einen ''eiskindergarten'' und eistanzabende fuer senioren.

zahlreiche betriebe mieten die ruderhalle, um ihren beschaeftigten ein fitness-training zu bieten. fitness kann auch im ''fitness-raum'' betrieben werden, wo gewichte, hantel, eine rudermaschine, eine sprossenwand und heimtrainer vorhanden sind.

rund 50.000 menschen bevoelkern jaehrlich die kegelhalle, die taeglich von 17 bis 24 uhr in betrieb ist.

die sporthallen auf dem vogelweidplatz stehen den vereinen und verbaenden fuer trainings- und spielbetrieb kostenlos zur verfuegung.

als ''sportplatz der offenen tuer'' hat sich im vergangenen jahr die wiener stadthalle besonders bewaehrt. bei dieser vom



sportamt der stadt wien durchgefuehrten aktion in der stadthalle konnten taeglich rund 300 teilnehmer registriert werden.

diese rekordbesuche zeigen deutlich, dass die wiener stadtverwaltung und als treibende kraft sportstadtrat kurt h e l l e r recht behalten haben, als sie darangingen, das angebot zu sportlicher betaetigung der wiener bevoelkerung auszuweiten. die koordinierung aller nutzungsbereiche - schule - vereine - oeffentlichkeit - traegt hier ihre fruechte: die wiener stadthalle wurde zum volkssportzentrum der wiener.

0926